

# Vorgehen des Vollzugs

**Sibylle Wursthorn**

**Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft  
Baden-Württemberg**

Erzeugnisse unter REACH: Informationen in der Lieferkette

Folgen des Urteils des  
Europäischen Gerichtshofs (EuGH)

Informationsveranstaltung des REACH-CLP-Biozid Helpdesk

Dortmund, 06.06.2016



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



# Inhalt



- Einführung: Überwachung der REACH-VO
- Einordnung des EuGH-Urteils aus Perspektive des Vollzugs
- Anforderungen/ Maßnahmen betreffend Rechtskonformität
- Beispiele
- Ergebnisse aus der Überwachungspraxis



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Zweck der Überwachung



- wirkt auf die Einhaltung der rechtlichen Vorschriften hin
- wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Binnenmarkts der EU
- schafft Vertrauen in die am Markt befindlichen Chemikalien
- wirkt auf die Einhaltung der Wettbewerbsbedingungen hin
- sorgt für Chancengleichheit der Marktteilnehmer (Gleichheitsgrundsatz)
- Stärkung des Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutzes



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Gesetzliche Grundlage



- **REACH-Verordnung**
  - Artikel 125: System amtlicher Kontrollen
  - Artikel 126: Vorschriften über Sanktionen
  
- **ChemG:**
  - u.a.
  - § 21 Überwachung  u.a. Zuständigkeit der Landesbehörden
  - § 23 Behördliche Anordnungen
  
- **Sanktionsvorschriften:**
  - Verordnung zur Neuordnung der Straf- und Bußgeldvorschriften bei Zuwiderhandlungen gegen EG- oder EU-Verordnungen auf dem Gebiet Chemikaliensicherheit
  - auch im ChemG:
    - § 27b Zuwiderhandlungen gegen REACH-Verordnung



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Vollzug Chemikalienrecht in Deutschland



- Im EU-Kontext  
Abstimmung und Vollzug auf Ebene der Mitgliedstaaten  
(z.B. REACH-EN-FORCE Projekte 1 – 5 des ECHA Forums)
- In Deutschland  
Abstimmung in der BLAC auf Basis eines  
Marktüberwachungskonzepts
- In Baden – Württemberg  
Vereinbarung der Aktionen  
Ergebnisse werden regelmäßig im Internet veröffentlicht  
<http://um.baden-wuerttemberg.de/>  
(Stichwort „Wirtschaft“, Rubrik „Marktüberwachungsprogramme“)



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Einordnung des EuGH-Urteils aus Perspektive des Vollzugs

- Urteil vom 10.09.2015 ist **notwendige und wichtige Konkretisierung**
- **Bestätigung** der Pflichten nach Artikel 7 (2) und Artikel 33 REACH-VO
- **Definition der Details der Pflichten (damit auch des Verstoßes) durch EuGH festgelegt/ bestätigt:**
  - wenn von Behörde Verstoß festgestellt wurde, muss rechtskonformer Zustand hergestellt werden
- bei **sanktionierenden Maßnahmen** können Behörden u.a. berücksichtigen:
  - „Bemühungen“ der Firma
  - Schwere der Tat
  - ....



Baden-Württemberg

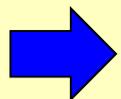
MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Einordnung des EuGH-Urteils aus Perspektive des Vollzugs

- **Unterstützung durch neue ECHA Leitlinie zu Erzeugnissen** insbesondere im Hinblick auf
  - **konkrete Umsetzung der Urteilsinhalte**
  - **auf Praktikabilität der Urteilsvorgaben**
- **Aktueller Stand zur Leitlinie**
  - + erster Teil der Anpassung ist 12/2015 erfolgt
  - + Komplettüberarbeitung bis Ende 2016 vorgesehen

*„Guidance on requirements for substances in articles“  
(Dezember 2015, Version 3.0)*

*“The substance concentration threshold of 0.1% (w/w) applies to every article **supplied**. This threshold applies to each article of an object made up of more than one article, which were **joined** or **assembled** together.” (Kapitel 4.3)*



**Bezug auf bereitgestellte (Teil-)Erzeugnisse**



Baden-Württemberg

# Einordnung des EuGH-Urteils aus Perspektive des Vollzugs

## ➔ Vorübergehende Aussetzung des Vollzugs/Moratorium?

- nicht vorgesehen - war auch in DE nie ein Thema
- **Auslegung** des EuGH wird bei Einzelfällen und Überwachungsschwerpunkten **vollzogen**
- Vollzug wird **Schwerpunkte** setzen
- ECHA-Forum: **Pilotprojekt in 2017**



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Anforderungen - Rechtskonformität

- jeder Lieferant muss Informationspflichten erfüllen, sobald in Erzeugnis ein Kandidatenstoff oberhalb des **Schwellenwertes** vorhanden ist,
- Pflicht wird ausgelöst durch Vorhandensein des Stoffes, ohne dass es auf Kenntnis des Lieferanten ankommt,
- Behörde erwartet von Unternehmen **stichhaltige und nachvollziehbare Informationen** zu Stoffen / SVHC in Erzeugnissen
- für die Gewährleistung der eigenen Rechtskonformität: Information (auch Nichtinformation) des Vorlieferanten
  - sollten kritisch hinterfragt werden bzw.
  - daraus können „Ermittlungspflichten“ abgeleitet werden

➡ d.h. für **Bewertung der Rechtskonformität** ist relevant, dass die **richtigen Informationen weitergegeben werden/** wurden

➡ „Ermittlungspflichten können z.B. sein: vertraglich Regelung, Nachfrage beim Lieferanten



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

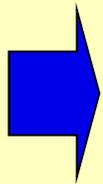
# Maßnahmen - Rechtskonformität

- zur **Herstellung des rechtskonformen Zustandes**:
  - Revisionsschreiben
  - ggf. gebührenpflichtige Anordnung nach § 23 ChemG
  
  - „Sanktionen ggf. auch als Maßnahme“



# Sanktionierung von Verstößen

- Sanktionen **als Instrument** um Gesetzeskonformität **einzufordern** (z.B. bei fortschreitenden Übertretungen werden Sanktionen wiederholt)
- **Ermessen der Behörde – „Bemühungen“ des Verantwortlichen**  
aktives Bemühen des Lieferanten relevant für **ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfolgung eines Verstoßes durch die Behörden („Bußgeld“)**



Verstoß gegen Artikel 33 REACH-VO ist **bußgeldbewährt**:  
nach § 6 Nr. 17 (ChemSanktionsV):

*Ordnungswidrig ... handelt, wer gegen die Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Artikel 33 eine dort genannte Information **nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,***

**=> Geldbuße bis zu 50.000 €**



Baden-Württemberg

# Erkennen der Behörde

## – „Bemühungen“ der Lieferanten

➔ *Darstellung der Vorgehensweise/ Überlegungen im Betrieb*

Beispiele

- systematisches Vorgehen/ Entwicklung einer Vorgehensweise
- Kenntnisse zu SVHC in Produkten/ Materialien
- Verträge mit Lieferanten
- konkrete Anfragen zu SVHC bei Lieferanten  
(Prioritätensetzung / bei Antworten Plausibilitätsprüfung)
- beim Einkauf Abfrage von SVHC
- in begründeten Fällen: laboranalytische Überprüfung

➔ *Behörde „zertifiziert“ nicht das Vorgehen von Firmen*



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Beispiele (1) - Situation

## Lieferant bezieht **Erzeugnis aus der EU**

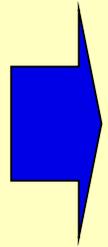
- keine vertragliche Regelungen mit EU-Lieferanten
- vom Vorlieferanten keine Informationen zu SVHC
- bei Überprüfung durch Behörde
  - Angabe der Firma: keine SVHC enthalten
  - Ergebnis der Analyse im Labor: Gehalt DEHP > 0,1%



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Beispiele (1) - Vorgehensweise



- Verstoß gegen Artikel 33 REACH-VO
- Herstellung des rechtskonformen Zustandes:  
Nachweis, dass (und wie) Informationspflichten zukünftig erfüllt werden
- ggf. Bußgeldverfahren – Behörde hat Ermessen  
=> *Berücksichtigung der „Bemühungen“*
- Information an zuständige Behörde des Lieferanten  
(*da beim Vorlieferanten ebenfalls Verstoß vorliegt*  
– *Verstoß wird dort ebenfalls verfolgt*)
- Erhebung der Prüfkosten



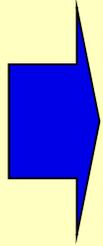
# Beispiele (2) - Situation

## Lieferant bezieht **Erzeugnis von außerhalb der EU**

- vertragliche Regelungen mit Nicht-EU-Lieferanten
- in Einzelfällen: Analytik zu SVHC-Gehalt
- auch konkrete Nachfragen bei Lieferanten
- für Erzeugnis: keine Information vom Vorlieferanten zu SVHC
- bei Überprüfung durch Behörde
  - Angabe der Firma: keine SVHC enthalten
  - Ergebnis der Analyse im Labor: Gehalt DEHP > 0,1%



# Beispiele (2) - Vorgehensweise



- Verstoß gegen Artikel 33 REACH-VO
- Herstellung des rechtskonformen Zustandes:  
Nachweis, dass (und wie) Informationspflichten zukünftig erfüllt werden
- ggf. Bußgeldverfahren – Behörde hat Ermessen,  
=> *Berücksichtigung der „Bemühungen“*
- Erhebung der Prüfkosten



# Beispiele (3) - Situation

## Hersteller von komplexem Elektronik-Erzeugnis

(kauft einzelne Bauteile hinzu aus EU/ Nicht-EU)

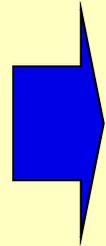
- hat Pflichten nach ROHS-RL/ ElektrostoffV  
„systematischer“ Ansatz/ u.a. Technische Dokumentation:  
Zuordnung von Bauteilen zu verschiedenen Materialien,  
Stoffen, Lieferantenbewertung
- für Erzeugnis: keine Information vom Vorlieferanten zu  
SVHC
- bei Überprüfung durch Behörde
  - Angabe der Firma: keine SVHC enthalten
  - Ergebnis der Analyse im Labor: Gehalt DEHP > 0,1%



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Beispiele (3) - Vorgehensweise



- Verstoß gegen Artikel 33 REACH-VO
- Herstellung des rechtskonformen Zustandes:  
Nachweis, dass (und wie) Informationspflichten zukünftig erfüllt werden
- ggf. Bußgeldverfahren – Behörde hat Ermessen,  
=> *Berücksichtigung der „Bemühungen“*
- Information an zuständige Behörde des Lieferanten  
(*da beim Vorlieferanten ebenfalls Verstoß vorliegt*  
– *Verstoß wird dort ebenfalls verfolgt*)
- Erhebung der Prüfkosten



# Überwachung von SVHC in Erzeugnissen



## Phthalate

- Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)
- Dibutylphthalat (DBP)
- Benzylbutylphthalat (BBP)
- Diisobutylphthalat (DIBP)
- Diisoheptylphthalat (DIHP)
- Bis(2-methoxyethyl)phthalat (BMEP)
- N-Pentyl-isopentylphthalat (PIPP)
- Dipentylphthalat (DPP)
- Diisopentylphthalat (DIPP)
- Dihexylphthalat (DHP)

## Flammschutzmittel

- Alkane, C10-13, Chlor (kurzkettige chlorierte Paraffine),
- Hexabromcyclododecan (HBCDD),
- Tris-(2-chlorethyl)phosphat



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Vorgehensweise

## Probenahme im Handel

- Händler wurden aufgefordert, Angaben zum Vorhandensein der SVHC in einer Konzentration  $> 0,1 \%$  in den Erzeugnissen zu machen
- Entnahme von Erzeugnissen aus dem Handel
- Analyse der Erzeugnisse hinsichtlich SVHC



## Systemprüfung

- Systemprüfung mittels eines Fragebogens
- Informationsabfrage spezifische Erzeugnisse
- aktive Nachfrage zu spezifischen Erzeugnissen beim Lieferanten
- Entnahme von Erzeugnissen
- Analytik hinsichtlich der SVHC

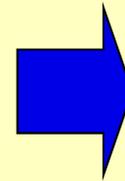
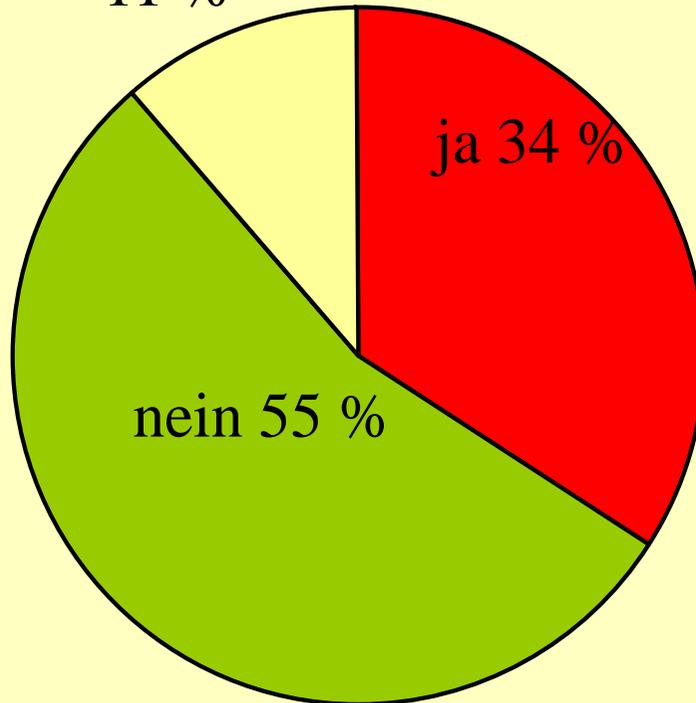


Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# *falsche Angaben von Firmen* im Vergleich zur chemischen Analyse

nicht  
überprüft  
11 %



**„Verstoßrate“**  
**- gleichbleibend**  
**hoch -**  
**bei ca. 30 %**

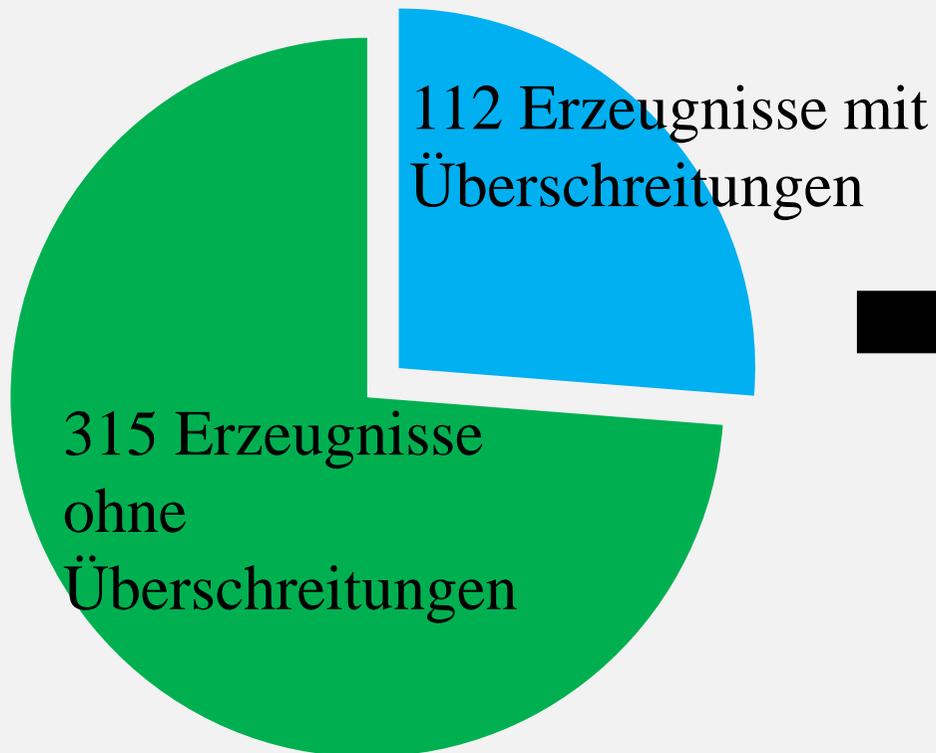


Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# *produktbezogene Auswertung* basierend auf chemischen Analysen

**427 Produkte**



davon Schwellenwert in  
Erzeugnissen überschritten:

- 97 x DEHP
- 2 x BBP
- 14 x DIBP
- 1 x DBP
- 8 x HBCDD



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# - Beispiele Gummistiefel/ Schuhe -



➔ DEHP: 12% bzw. 28%



auch mit „Ersatzstoffen“

➔ DEHP > 5%  
DINP 0,9%



➔ DEHP > 1%  
DEHT > 1%



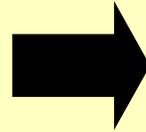
➔ DEHT > 5%



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

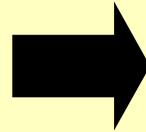
# - Beispiel Spüleinlagen -



2 verschiedene Phthalate

DEHP 18 %

BBP 0,2%



auch mit „Ersatzstoffen“

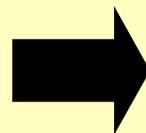
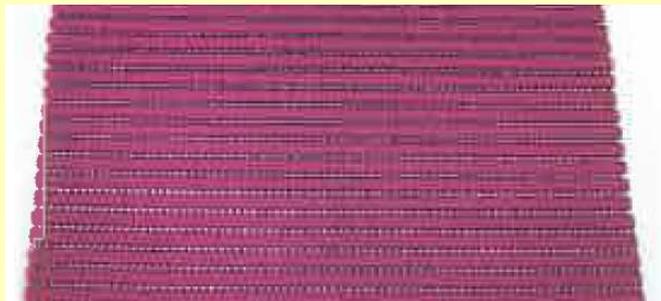
DIBP > 5%

DEHP 0,3%

DEHT 0,6%

DINP 0,5%

DIDP 0,3%



DEHT > 5%

DPDP 0,5%



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Überwachung nach der REACH-/ POP-VO: kurzkettige Chlorparaffine (SCCP) in Artikeln

**85 Produkte**



- unterhalb der Bestimmungsgrenze oder  $\leq 0,1\%$   
(80 Materialproben, 56 Produkte)
- $> 0,1\%$  und  $< 0,15\%$   
(0 Materialproben, 0 Produkte)
- $\geq 0,15\%$   
(47 Materialproben, 29 Produkte)

## Beispiele:

- Kunststoffteile von Elektroprodukten
- Konzentrationen: **bis 8 %**



Baden-Württemberg

# Unterstützungsangebot



## Beispiel

- Netzwerk REACH@Baden-Württemberg:  
[www.reach-baden-wuerttemberg.de](http://www.reach-baden-wuerttemberg.de)

➔ plant Ergänzung des Internetauftritts um einen Teil  
„Arbeitsmaterial zu Stoffen in Erzeugnissen“



**REACH@Baden-Württemberg**



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Erfahrungen - SVHC



- Kenntnisstand in den Unternehmen unterschiedlich: einige Unternehmen gut vorbereitet, bei anderen hoher Beratungsbedarf
- Herausforderungen bei der Umsetzung:
  - Thema hat geringe Priorität
  - Prinzip wird nicht verstanden, Unkenntnis bezüglich des Themas
  - Verbesserungsbedarf bei der Kommunikation in der Liefer-/Informationskette (in beide Richtungen)
- *„Kenntnis“ der Inhaltsstoffe wird bei Verboten nicht/weniger diskutiert*



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Zusammenfassung



- Vorhandensein des SVHC löst Informationspflicht aus
- Informationsverantwortlichkeit geht in beide Richtungen der Lieferkette („Ermittlungspflicht“)
- „Bemühen“ („Ermittlungspflicht“) ist Teil der Sanktionsbewertung



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

# Vielen Dank für Ihr Interesse !

*Sibylle Wursthorn*

*Ministerium für Umwelt, Klima und  
Energiewirtschaft*

*Baden-Württemberg*

[sibylle.wursthorn@um.bwl.de](mailto:sibylle.wursthorn@um.bwl.de)

*Tel: 0711/126-2594*



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT